

*Die Habsburgermonarchie 1848—1918. Im Auftrage d. Kommission f. d. Gesch. d. österreichisch-ungarischen Monarchie (1848—1918) hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch. Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg. von Alois Brusatti.*

Verlag der Österreich. Akademie der Wissenschaften. Wien 1973, XIX und 666 S., Leinen DM 115,—.

Lange bevor es schick war, auf der Nostalgiewelle zu reiten, hat es der österreichische Historiker deutschböhmischer Herkunft, *Hugo Hantsch*, als eine Le-

bensaufgabe betrachtet, den letzten Jahrzehnten der Donaumonarchie seit 1848 eine gerechte Würdigung widerfahren zu lassen, die von sentimentaler Verklärung wie von Entstellungen gleich weit entfernt sein sollte, die Österreich-Ungarn in der jungen Zeitgeschichtsschreibung der Nachfolgestaaten erfahren hatte. Dieses Werk, eine Gemeinschaftsleistung vieler kompetenter Historiker aus West und Ost, ist nunmehr im Entstehen begriffen und der 1. Band, die wirtschaftliche Entwicklung behandelnd, liegt im stattlichen Umfang von 666 Seiten vor. Man darf getrost von einem geglückten Anfang des weitläufigen Gesamtunternehmens sprechen, denn es handelt sich um ein erschöpfendes Compendium der ökonomischen Entwicklung einer in sich geschlossenen Epoche, das keinen Vergleich mit entsprechenden Arbeiten für andere Länder zu scheuen braucht. Im Gegensatz zu entsprechenden deutschen Arbeiten über die wilhelminische Ära — man denke an die Arbeiten H. U. Wehlers und anderer — sind die sozialpolitischen und ideologischen Implikationen der Wirtschaft kaum behandelt, dies dürfte — sicherlich nicht zum Schaden des Werkes — den folgenden Bänden vorbehalten sein.

Das Werk gliedert sich in folgende Großkapitel: 1. Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft (*Nachum Th. Gross*), 2. Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik (*Herbert Matis*), 3. Die österreichische Finanzpolitik (*Josef Wysocki*), 4. Österreichs industrielle Entwicklung (*Herbert Matis, Karl Bachinger*), 5. Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien (*Richard L. Rudolph*), 6. Das österreichische Unternehmertum (*Josef Mentschl*), 7. Das Verkehrswesen (*Karl Bachinger*), 8. Währung und Banken in Cisleithanien (*Eduard März, Karl Socher*), 9. Der Binnenhandel und seine Organisation. Der Fremdenverkehr (*Ferdinand Tremel*), 10. Die landwirtschaftliche Entwicklung (*Karl Dinklage*), 11. Ungarns wirtschaftliche Entwicklung 1849—1918 (*Iván T. Berend, György Ránki*), 12. Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegowina (*Kurt Wessely*), 13. Die sogenannte gemeinsame Wirtschaftspolitik in Österreich-Ungarn (*Ákos Paulinyi*); Anhang. Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsgeschichte (*Alois Brusatti*).

Um zum kritischen Teil dieser Besprechung zu kommen, so ist zuerst festzustellen, daß der Großteil der Beiträge zwar mit Recht die Gesamtentwicklung der Monarchie im Auge hat, daß dabei aber vielfach die enormen Schwierigkeiten, die sich aus dem recht unterschiedlichen Entwicklungsgrad der einzelnen Kronländer, Königreiche und Provinzen ergaben, mehr als billig in den Hintergrund treten, und damit wenigstens zum Teil die Möglichkeit vertan wurde, die zentralen Existenzprobleme des Staates nach der wirtschaftlichen Seite hin voll auszuleuchten. Im Falle Ungarns ist der m. E. entscheidende Gesichtspunkt zentrifugaler Wirtschaftskräfte voll gewürdigt worden, — und insofern folgt hier das Werk gleichsam dem vorgegebenen Muster der dualistischen Staatskonstruktion. Den Dualismus seit 1867 zu berücksichtigen, ist völlig legitim, schließlich vollzieht sich das weitere Schicksal der Habsburgermonarchie im Zeichen der dualistischen Staatskonstruktion, aber es fragt sich, ob eine realistische Analyse der Wirtschaftskräfte sich damit begnügen darf, den Dualismus als pattern der Darstellung schlichtweg zu übernehmen und lediglich noch

ein ziemlich isoliert dastehendes Kapitel über Bosnien und die Herzegowina einzuschieben? Mit anderen Worten: Kann im Zeitalter des blühenden Nationalismus, der ja sowohl ökonomische Hintergründe wie Folgen hatte, die Entwicklung der böhmischen Kronländer einfach unter dem Aspekt „Cisleithanien“ subsummiert werden und geht nicht, wenn man dies tut, ein wesentlicher Zug der Entwicklung dabei verloren?

Daß es so etwas wie tschechische Autarkiebestrebungen gegenüber Wien gerade auch auf wirtschaftlichem Gebiet gegeben hat, ist bekannt; daß das tschechische und deutsche Bürgertum der böhmischen Länder jeweils auf anderen wirtschaftlichen Grundlagen beruhte, gehört ebenfalls zu den gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wenn man solche in Parallele zu Ungarn stehenden Tendenzen unter dem Generalnenner „Cisleithanien“ subsummiert, verzeichnet man m. E. die Entwicklung in der westlichen Reichshälfte in entscheidenden Punkten und begibt sich obendrein, bewußt oder unbewußt, ins Schlepptau der damaligen K. u. K.-Staatsideologie des Dualismus, für den die gravierenden Probleme der tschechischen Wirtschaft und des tschechischen Wirtschaftsnationalismus offiziell kaum existierten. Schlägt man beispielsweise unter dem Stichwort „*Zivnostenská banka pro Čechy a Moravie*“ nach, so wird man erstaunt sein, wie wenig Fundiertes und Konkretes über dieses Hauptinstrument des tschechischen Wirtschaftsnationalismus gesagt wird; und an der einzigen Stelle, die hierzu etwas vermerkt, geschieht dies mit der fatal falschen Feststellung (S. 334), dieses Geldinstitut habe sich zum eindrucksvollsten Symbol der wirtschaftlichen Emanzipationsbestrebungen der „*tschechischen Minorität*“ (gesperrt vom Rez.) entwickelt. Die Tschechen waren in der Donaumonarchie keine „Minorität“, nicht einmal nach der gewaltsamen dualistischen Staatsideologie, geschweige denn in der politisch-wirtschaftlichen Realität und in ihrem Selbstverständnis.

Überhaupt wäre es ratsam gewesen — und damit ist ein zweiter Ansatzpunkt der Kritik angesprochen —, in viel stärkerem Maße als dies geschehen ist, die Flut wichtiger tschechischer Publikationen zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung heranzuziehen, die seit 1948 unter marxistischem Aspekt erschienen sind (etwa die Arbeiten von *Jaroslav Purš*), oder man hätte zumindest deren materielle (wenn auch nicht ideologische) Rezeption im „Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder“ (Hrsg. *Karl Bosl*) berücksichtigen müssen; immerhin liegt der hier einschlägige Band III seit 1968 (!) vor. Das gilt auch für die Nichtverarbeitung anderer wichtiger Publikationen des Collegium Carolinum. So kann man etwa über die Wirtschaftspolitik des Neoabsolutismus nicht schreiben, ohne das Buch von *Christoph Stölzl* (die *Kra* Bach in Böhmen, 1971) zur Kenntnis zu nehmen, denn Stölzl kann bündig nachweisen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Epoche trotz guter Ansätze geradezu kläglich an den bereits entfesselten Kräften des Manchesterliberalismus scheiterte. Die Reihe der Versäumnisse dieser Art ließe sich beliebig fortsetzen, doch bleibt zu hoffen, daß in dem geplanten Bande über die Gesellschaftsentwicklung der Monarchie diese Mängel ganz oder teilweise durch Berücksichtigung der Sonderentwicklungen auch in der westlichen Reichshälfte wieder wettgemacht wer-

den können. Denn, um es nochmals allgemein zu formulieren: Das Schicksal des Gesamtstaates hing mindestens ebenso an der Entscheidung der Tschechen wie der Ungarn, denn schließlich waren die Tschechen bis zum Ersten Weltkrieg neben den Deutschen die wichtigste, wirtschaftlich, sozial und politisch am weitesten fortgeschrittene Nation der westlichen Reichshälfte. Der Sammelbegriff „Cisleithanien“, ohnehin nur eine abstruse Verlegenheitsbezeichnung der dualistischen Staatskonstrukteure, verschleiert die wirklichen Lebensfragen des Habsburgerreiches eher als daß er sie klären hilft; dies gilt für den ökonomischen Bereich ebenso wie für alle anderen Gebiete der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Insgesamt jedoch kann man, ungeachtet der vorausgegangenen kritischen Anmerkungen, den Herausgebern und Verfassern dieses Bandes nur dankbar sein, da im allgemeinen gute Arbeit geleistet wurde und damit eine Fülle von Informationen bereitgestellt ist, von deren jede weitere Forschung über die Donaumonarchie auszugehen haben wird. Man darf auf die nachfolgenden Bände mit Recht gespannt sein.